

## A4 Tax the West statt Frust für den Rest!

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 10.11.2025  
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

### Antragstext

1 Tax the West statt Frust für den Rest!

2 35 Jahre Ungleichheit

3 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Republik noch immer von  
4 strukturellen Ungleichheiten geprägt. Diese Unterschiede orientieren sich noch  
5 immer an der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD. Schuld daran ist auch ein  
6 vermasselter Transformationsprozess, bei dem ostdeutsche Perspektiven und  
7 Bedürfnisse ignoriert wurden. Statt auf Augenhöhe auszuhandeln, wie dieser neue  
8 gemeinsame Staat aussehen soll, wurde dem Osten das System der BRD übergestülpt.  
9 Fortschrittliche Aspekte, wie z.B. beim Abtreibungsrecht, bei der  
10 Kinderbetreuung oder bei der Festschreibung von sozialen Grundrechten, wurden  
11 nicht berücksichtigt.

12 Mit Elitenimporten aus Westdeutschland wurde der Osten nach neoliberalen  
13 Vorstellungen und ohne Rücksicht auf die Strukturen vor Ort privatisiert und  
14 ausverkauft. Mit hohen Kosten für die Menschen im Osten: Jobverlust und  
15 Statusverlust, reduzierte Frührente und Aberkennung von Abschlüssen.

16 Die Folgen sind bis heute deutlich spürbar. Ostdeutschland ist im Vergleich zum  
17 ehemaligen Westen überproportional von Abwanderung betroffen. Fehlende  
18 Infrastruktur, medizinische Versorgung oder ein mangelnder Zugang zu kulturellen  
19 Angeboten sind knallharte Realität. Bis heute wohnen Ostdeutsche bei Wessis zur  
20 Miete.

21 Mit Überalterung, ohne Konzepte für die Jugend im ländlichen Raum und immer  
22 präsenterer rechter Politik ist der Osten gerade für junge Menschen oft nicht  
23 attraktiv, was zu weiterer Abwanderung führt.

24 Seit der Wende finden ostdeutsche Biographien kaum politisches Gehör. Ganz im  
25 Gegenteil! In der aktuellen Bundesregierung gibt es gerade mal drei ostdeutsch  
26 sozialisierte Minister\*innen, die Quote bei Leitungsposten in Justiz und  
27 Wirtschaft ist mit gerade einmal 2-4% noch viel geringer.

28 Es hat sich eine gewisse politische Resignation breit gemacht. Eine Resignation,  
29 die sich durch das Gefühl des „Vergessen-Worden-Seins“ und das Ignorieren  
30 ostdeutscher Perspektiven sowie grundsätzlicher Gerechtigkeitsfragen eingestellt  
31 hat. Diese Resignation wird von der AfD ausgenutzt. Mithilfe von  
32 Heimatsidentität und falscher Nostalgie, nach Zeiten die es nie gab, heizt sie  
33 die Angst vor Statusverlust an und beansprucht die Deutungshoheit über den Osten  
34 für sich. Sie schüren rassistische Feindbilder und einen identitären Kult, der  
35 bestehenden Frust ausnutzt und als Hass gegen marginalisierte Gruppen richtet,  
36 statt sich komplexen sozialen Problemen zu stellen und echte Lösungen  
37 anzubieten. So wird durch Ausgrenzung, Hass und Hetze falsche Solidarität

38 versprochen. Das Ziel der Rechten war nie Gerechtigkeit, sondern Machtergreifung  
39 und ein autoritärer Staatsumbau.

40 Populismus statt gerechte Politik: Rechtsrutsch made by  
41 "Mitte"

42 Ungleichheiten und deren Ausschlachtung von Rechts gibt es nicht erst seit  
43 gestern. Trotzdem stehen große Teile der Politik, was Antworten angeht, völlig  
44 blank da. Nach 15 Jahren kommt die CDU auf die Idee, die AfD inhaltlich stellen  
45 zu wollen. Auf kommunaler Ebene gibt es schon lange keine Brandmauer mehr und  
46 auch auf Landes- und Bundesebene ist sie instabiler als die Carolabrücke in  
47 Dresden. Statt Lösungen auf soziale Fragen, Repräsentationslücken, fehlende  
48 Infrastruktur, Abwanderung und Strukturschwäche zu erarbeiten, wird die  
49 identitäre Masche von rechts kopiert und nach unten und gegen marginalisierte  
50 Gruppen getreten.

51 Mit brutalem Durchgreifen, wie rechtswidrigen Grenzschießungen, wird nationale  
52 Handlungsfähigkeit vorgespielt, die in einer globalisierten Welt so nicht  
53 existiert. Diese Politik kann nur zu weiterer Enttäuschung führen, weil das Ziel  
54 der Abschottung und Ausgrenzung in sich unmenschlich und faschistisch ist. Die  
55 Konservativen (inklusive SPD) schaffen selbst die Grundlage, von Rechtsaußen  
56 ersetzt zu werden und dabei die ganze Gesellschaft mit in den Untergang zu  
57 reißen, indem sie die Abwärtsspirale von Hass und Hetze weiter füttern. Rechtes  
58 Gedankengut wird weiter normalisiert, ohne an den Ursachen von Frustration und  
59 Misstrauen irgendetwas zu verändern.

60 Auch die Kürzungspolitik auf Bundes- und Landesebene gießt dabei weiter Öl ins  
61 Feuer! Statt Perspektiven zu schaffen, werden erfolgreiche Programme für Kultur,  
62 Natur und Demokratie zusammengestrichen und Existenzen gefährdet. Menschen und  
63 Regionen werden Chancen genommen, sich weiterzuentwickeln und dem Frust  
64 Lebensqualität und Hoffnung entgegenzusetzen. Gemeinsame Projekte, die  
65 Selbstwirksamkeit und Austausch fördern, werden aus ideologischen Gründen  
66 beerdigt. Der Mindestlohn wird trotz großer Ankündigungen weiter von der  
67 Mindestlohnkommission gesetzt und reicht auch nach Erhöhung nicht aus, um ein  
68 würdiges Leben zu finanzieren. Gerade für die vielen Beschäftigten in  
69 Ostdeutschlands Niedriglohnsektor ist das ein weiteres gebrochenes Versprechen!

70 Und nicht zuletzt die Sozialstaatsreformen auf Bundesebene sind brutale,  
71 populistische Symbolpolitik, die kürzen, wo es nichts zu kürzen gibt und  
72 Menschen in der Perspektivlosigkeit mit Sanktionen droht. Statt in einer  
73 verunsichernden Zeit Sicherheit zu geben, wird öffentlich vermittelt: Wenn es  
74 dir am schlechtesten geht, hast du von der Gesellschaft gar nichts zu erwarten!  
75 Nachtreten statt Halt geben – get wrecked statt Respekt. Wie wenig kann man aus  
76 der ostdeutschen Transformation gelernt haben?

77 Auch hier ist der Osten wieder einmal besonders betroffen. Menschen ohne  
78 Tarifbindung sind besonders verletzlich. Diese Tarifbindung ist im Osten  
79 geringer als im Westen. Insgesamt sind in Ostdeutschland mehr Menschen von  
80 Sozialleistungen abhängig und direkt von Kürzungen betroffen. Ohne Vermögen gibt  
81 es keine Rücklagen, die vor Härten schützen. Die Politik der aktuellen  
82 Bundesregierung ist staatlich organisierte Entsolidarisierung von einem sowieso  
83 schon menschenunwürdigen Ausgangsniveau durch das viel zu niedrige Bürgergeld.  
84 Diese Entsolidarisierung des Staates in Krisenzeiten ist dabei gelebtes und

85 geerbtes Trauma in Ostdeutschland, das weiter vertieft wird. Am Ende dieses  
 86 Prozesses stehen weiteres Misstrauen in die Politik, Perspektivlosigkeit und  
 87 eine eigene Entsolidarisierung der Menschen als Reaktion auf die  
 88 gesellschaftlichen Umstände, die sie erleben.

89 Aber das ist kein Naturgesetz...

90 Wir sind der Andere Osten!

91 ...denn viele in Ostdeutschland treten dieser Politik entgegen. In Bündnissen  
 92 gegen Rechts, Kulturvereinen und Kollektiven, in Gewerkschaften, in politischen  
 93 Jugendverbänden, auf CSDs und demokratischen Dorffesten gestalten wir den Osten  
 94 statt zu spalten. Wir alle sind der „Andere Osten“, der als Antwort auf  
 95 Strukturwandel, Abwanderung, Klassismus und Rassismus demokratische Perspektiven  
 96 bietet. Uns geht es darum, Ungerechtigkeit abzuschaffen, nicht darum, sie  
 97 auszuschlachten. Wir enttarnen die identitäre Masche, statt einzustimmen: Die  
 98 Antwort auf Frust und Enttäuschung ist Selbstwirksamkeit und Solidarität.

99 Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Von stilisierten Kulturkämpfen  
 100 und gegenseitigem „Nach-Unten-Treten“ profitieren nur die, die  
 101 Verteilungsdebatten verhindern wollen. Wir wollen nicht nur gleichwertige  
 102 Lebensverhältnisse, wir wollen ein gutes Leben für alle! Wir wollen blühende  
 103 Landschaften statt Blumensträußen auf Festakten! Wir wollen Landkreise, in denen  
 104 Jugend nicht Abhängigkeit bedeutet sowie Dörfer, in denen Kultur nicht nur auf  
 105 Streamingdiensten läuft. Wir wollen Schulsozialarbeit, Kitas die nicht marode  
 106 sind und Mitbestimmung überall! Wir wollen ein stabiles Klima und ertragbare  
 107 Sommer in den Städten. Wir wollen Orte, die alle Willkommen heißen und  
 108 unabhängig von Gender, Herkunft, Hautfarbe und Behinderung ein Safe Space sind.  
 109 Wir fordern gerechten Lohn, gerechte Rente und Vermögensumverteilung!  
 110 Milliardär\*innen sind eine Gefährdung für die Demokratie und die wenigsten  
 111 Villen stehen in der Uckermark oder am Thüringer Meer. „Tax the Rich!“ heißt  
 112 auch: „Tax the West!“

113 Rechtsrutsch ist kein Naturgesetz und Ostdeutschland hat schon einmal gezeigt,  
 114 dass es anders kann, als alle erwarten. Die Friedliche Revolution war ein Moment  
 115 der Befreiung – ein Moment der Solidarität im Widerstand, auf die Straße zu  
 116 gehen, ohne den Ausgang zu kennen. Sie war ein Moment der Selbstwirksamkeit, der  
 117 zeigt: Selbst eine Diktatur kann abgeschafft werden. Soziale Veränderung kann  
 118 schnell gehen und ihr Ausgang liegt an uns. Es ist keine Zeit für  
 119 Schwarzmalerei.

120 Nichts ist verloren und wir können so viel gewinnen!

121 Forderungen

122 Deshalb fordern wir auch innerverbandlich mehr Solidarität sowie finanzielle und  
 123 organisatorische Unterstützung von strukturstarken Westverbänden. Es braucht  
 124 mehr Bildungsarbeit zu Ost-West-Unterschieden, auch um Ostperspektiven zu  
 125 stärken. Unsere Situation muss bei Diskussionen immer mitgedacht werden, ohne  
 126 dass wir ständig sagen müssen „aber der Osten“!

127 Wir setzen uns für das Landtagswahljahr 2026 als Ziel, die ostdeutschen  
 128 Bundesländer, also Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aktiv zu

129 unterstützen. Konkret bedeutet das für uns zum einen Support auf Social Media.  
130 Außerdem planen wir im Sommer Wahlkampfbesuche nach Sachsen-Anhalt. Dort wollen  
131 wir tatkräftig personelle und organisatorische Unterstützung leisten. Das ist  
132 für uns gelebte Solidarität.

133 Von der Landes- und Bundespolitik fordern wir:

- 134 • Rückführung privatisierter Wohnungen in öffentliche oder  
135 genossenschaftliche Trägerschaft sowie klimafreundlichen und sozialen  
136 Neubau. Die Kommunen müssen sich mit Unterstützung von Land und Bund  
137 bemühen, die in den 1990er Jahren privatisierten Wohnungen in öffentliche  
138 oder genossenschaftliche Hand zu überführen. Dazu können staatliche  
139 Kredite bereitgestellt und durch Mietzahlungen zurückgezahlt werden.
- 140 • Mehr Unterstützung für Studierende und Studienanfänger\*innen in  
141 Ostdeutschland. Ostdeutsch sozialisierte Studierende sind in den großen  
142 Begabtenförderwerken unterrepräsentiert. Viele Studis aus Ostdeutschland  
143 kommen zudem aus einer Arbeiter\*innenfamilie und erfahren zusätzliche  
144 strukturelle Nachteile. Die Förderung durch eine Studienstiftung bietet  
145 Studierenden und Schüler\*innen finanzielle Förderung, stärkt regionale und  
146 überregionale Netzwerke, bindet Fachkräfte in Ostdeutschland und fördert  
147 Chancengleichheit. Zudem ermöglicht ein Stipendium Bildungsangebote und  
148 den Aufbau eigener Projekte und bspw. Genossenschaften. Wir fordern die  
149 Begabtenförderwerke auf, ostdeutsch sozialisierte Studierende gezielter  
150 anzusprechen und ihre Strukturen in ostdeutschen Bundesländern auszubauen.  
151 Außerdem fordern wir die Gründung einer Ostdeutschen Studienstiftung, die  
152 gezielt Strukturen vor Ort aufbauen und zielgruppengerecht werben kann,  
153 sowie einen Sonderfond Jung & Ost für die Förderung der Bildungschancen  
154 von Jugendlichen in Ostdeutschland.
- 155 • Höhere Erbschaftssteuer - Gewinne aus einer höheren Erbschaftssteuer  
156 müssen genutzt werden, um Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland  
157 bei der Vermögensbildung abzubauen. Wir fordern die Einführung eines hoch  
158 angesetzten Grunderbes.
- 159 • Ausbau und finanzielle Sicherheit bzw. langfristige Förderung von  
160 Jugendzentren, Kulturhäusern, Vereinen, Initiativen und linken Freiräumen,  
161 die sich für Demokratie, Feminismus und Antirassismus einsetzen und somit  
162 antifaschistische Praxis leben.
- 163 • Kultur der Solidarität fördern: Erinnerungsorte und Gedenkveranstaltungen  
164 müssen gemeinsam mit Betroffenen gestaltet werden – weg vom Opferdiskurs,  
165 hin zur Anerkennung von Widerstand und Selbstorganisation.
- 166 • Vergesellschaftung zentraler Infrastruktur (Energie, Wohnen, Bahn), um die  
167 Fehler der neoliberalen Transformation rückgängig zu machen, aber auch in

168 ganz Deutschland für bezahlbare Mieten und eine soziale und demokratische  
169 Infrastruktur zu sorgen.

- 170 • Tarifbindung stärken: Staatliche Aufträge nur an Unternehmen mit  
171 Tarifverträgen. Wir fordern die Tarifangleichung Ost/West, sodass es hier  
172 keine negative Sonderposition des Ostens mehr gibt.

- 173 • Gerechte Strukturpolitik: ländliche Räume stärken, Gesundheitsversorgung  
174 vor Ort ermöglichen, gezielte Finanzierung von Kulturorten,  
175 Begegnungsorten und zivilgesellschaftlichen Projekten, Ausbau vom  
176 öffentlichen Nahverkehr und Radverkehrsinfrastruktur für mehr  
177 Unabhängigkeit für Jugendliche.

- 178 • Förderprogramme für strukturschwache Regionen, die insbesondere durch die  
179 Treuhand-Privatisierungen besonders geschädigt wurden.

- 180 • Statusgarantie für Beschäftigte von erneuter Transformation betroffener  
181 Industrien. Alle Beschäftigten dieser Industrien sollen neue Jobs mit  
182 vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten durch einen Tarifspiegel  
183 Energiewende.

- 184 • Massiver Ausbau erneuerbarer Energien - Unterstützung durch Land und  
185 Kommune zur Einrichtung von Energiegenossenschaften. Gewinnbeteiligung der  
186 Kommunen und Bürger\*innen vor Ort.

- 187 • Demokratische Bildung über die DDR Zeit und Transformationsjahre stärken:  
188 Schulen und Jugendprojekte sollen nicht nur staatliche Repression und  
189 Stasi behandeln, sondern auch Alltagsrealitäten und widerständige  
190 Bewegungen (z. B. Frauen, Umwelt, Kirchen, linke Opposition).

- 191 • Antifaschistische Erinnerungspolitik der Nachwendjahre: Offizielle  
192 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt durch die Bundesregierung, Gedenktage  
193 und Aufklärungsarbeit